



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

53. Ratssitzung vom 28. Juni 2023

1978. 2023/305

**Postulat der SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 21.06.2023:
Prüfung einer Dezentralisierung und Erweiterung der Betreuung und Begleitung
der dem Kanton Zürich zugeteilten unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden
(MNA) über das 18. Altersjahr hinaus**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ruedi Schneider (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1952/2023): Das Postulat im Namen der Fraktionen SP, AL, Grünen, FDP und GLP stellt eigentlich eine banale Forderung: Es fordert die Einhaltung der Kinderrechtskonvention im Kanton für alle Kinder – so auch bei der Unterbringung von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten. Heute werden die Mineurs non accompagnés (MNA) im Kanton Zürich wie Kinder zweiter Klasse behandelt. Das muss sich ändern. Darum möchten wir von der Stadt aus alles Mögliche und Nötige unternehmen, um etwas an der Situation zu ändern, da es noch Handlungsspielraum gibt. Fachleute und Aktivist*innen haben in langer Arbeit ein neues Konzept entwickelt, wie MNA untergebracht und betreut werden können, so dass deren Bedürfnissen mehr Rechnung getragen wird. Das Konzept wurde der Öffentlichkeit gemeinsam mit einem Appell an den Kanton Zürich präsentiert. Rund 5000 Menschen haben den Appell unterschrieben und die Forderungen an den Kanton unterstützt. Mit dem vorliegenden Postulat greifen wir die Forderungen des Appells «Keine Kinder zweiter Klasse» auf. Wir bitten den Stadtrat, zusammen mit anderen interessierten Gemeinden die Chance einer dezentralen Unterbringung und Begleitung von MNA über das 18. Lebensjahr hinaus zu prüfen. Konkret sollen mit der Dezentralisierung 5 Ziele verfolgt werden: Erstens soll Schluss sein mit Grossunterkünften. MNA sollen in kleinen Wohngruppen untergebracht werden. Das ermöglicht eine individuelle Betreuung und schafft eine familiäre Atmosphäre, die für die Entwicklung und das Wohlbefinden von Jugendlichen zentral ist. Zweitens soll die Begleitung und Unterstützung der MNA über das 18. Lebensjahr hinaus gewährleistet werden, bis sie sozial und wirtschaftlich selbstständig sind. Der Übergang ins Erwachsenenalter ist eine entscheidende Phase und es ist wichtig, dass MNA eine kontinuierliche und nachhaltig wirkende Unterstützung erhalten. Drittens zielt die Dezentralisierung darauf ab, eine räumliche und soziale Umplatzierung der MNA zu vermeiden. Das passiert heute, wenn mit dem 18. Lebensjahr die Zuständigkeit vom Kanton zur Gemeinde wechselt. Wenn Jugendliche von heute auf morgen aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und an einem ganz anderen Ort untergebracht werden, ist das belastend und gefährdet ihre Integration und Stabilität unnötig. Durch die Dezentralisierung soll eine nahtlose Begleitung und Unterstützung der jungen Menschen gewährleistet werden, ohne dass wegen einer behördentechnischen Zuständigkeitsfrage Veränderungen in ihrem sozialen Umfeld nötig werden. Viertens sollen konstante, verbindliche und verlässliche Beziehungen zu Bezugspersonen aufgebaut werden, die den Jugendlichen helfen, sich auf ihre Entwicklungs- und Lernaufgaben zu konzentrieren. Die*



Kontinuität und Stabilität in den Betreuungsbeziehungen sind für das Wohlergehen von jungen Menschen entscheidend. Zudem sollen die regionalen und lokalen Ressourcen durch die Vernetzung mit Berufsbildnern und zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiviert werden. Durch die Einbindung der Gemeinschaft in den Betreuungsprozess können die Jugendlichen von einer breiten Palette an Unterstützungsmöglichkeiten profitieren und ihre Verankerung und Integration kann verbessert werden. Es müssen andere Wege beschritten werden, um an der Situation etwas zu ändern, auch wenn unser Handlungsspielraum in der Stadt begrenzt ist. Wir sind der Überzeugung, dass wir alles Mögliche ausprobieren müssen. Darum fordern wir den Stadtrat auf, die genannten Ziele zu verfolgen und Möglichkeiten zu prüfen, damit es in diesem Kanton keine Kinder zweiter Klasse mehr gibt. Ich möchte den Fachpersonen Dank aussprechen, die sich unermüdlich für eine Verbesserung einsetzen und im MNA-Netzwerk mitwirken.

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Woche für Woche sprechen wir über die Wohnungsnot und dass wir keinen Platz mehr haben. Doch nun ist es Ihnen zu viel, wenn Menschen, die flüchten, in einem Gruppenraum untergebracht werden müssen. Wer flüchtet und wirklich an Leib und Leben bedroht ist, dem genügt es, in einem sicheren Land zu sein. Dann ist es egal, wie viele weitere Menschen im selben Raum leben. Im Militärdienst schlafen Menschen auch in grossen Gruppenräumen und Kasernen. Was einem Schweizer zumutbar ist, muss auch einem Afghanen zumutbar sein. Das Problem im Asylwesen ist, dass wir falsche Strukturen aufgebaut haben. Diese stammen aus dem zweiten Weltkrieg, als wir ernsthaft bedrohten, geflüchteten Menschen aus dem Nachbarland Schutz gaben. Heute erreichen uns viele Menschen, die nicht diesem Schutzstatus zugeordnet sind. Das Asylwesen muss von Grund auf reformiert werden. Die SVP hat eine Diskussion auf nationaler Ebene angestossen, damit in der Schweiz keine Asylgesuche mehr gestellt werden können. Sie sollen an gewissen Stellen im Ausland gestellt und bearbeitet werden müssen. Es kommen zu viele Menschen und die falschen. Wir lehnen das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Die Dezentralisierung und Erweiterung der Betreuung und Begleitung der MNA über das 18. Altersjahr hinaus sind wichtige Bestandteile einer adäquaten Betreuung. Expert*innen im Bereich der MNA haben mehrmals und mit Nachdruck erwähnt, dass eine konstante und längerfristige Betreuung sowie eine dezentrale Unterbringung der MNA elementar sind. In Kollektivstrukturen ist das Leben für MNA zu anonym. Die Betreuungsqualität ist extrem wichtig. Die MNA leiden zu einem grossen Teil unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Alle haben entweder selbst Gewalt erlebt oder mitbekommen. Vertrauen zu fassen, ist für sie häufig schwierig. Ständig wechselnde Bezugspersonen verschlimmern das Misstrauen und verunmöglichen es, stabile Beziehungen aufzubauen. Eine adäquate und menschenwürdige Unterbringung und Betreuung ist für die Zukunft, das persönliche Wohnbefinden und die Entwicklung der MNA wichtig. Diese bleiben häufig langfristig in der Schweiz. Darum haben wir ein Interesse daran, dass sie sich in der Schweiz einfinden, eine Ausbildung machen und sich stabilisieren können. Als Gesellschaft haben wir eine besondere Verantwortung. Wir sprechen von Kindern und Jugendlichen, was in dieser Debatte oft unterzugehen scheint.*



3 / 3

Patrik Brunner (FDP): *Man könnte diskutieren, wieso wer hier ist und ob diese Personen hier sein sollten. Für diese Debatte ist es aber nicht die richtige Zeit oder der richtige Ort, da wir über Kinder und Jugendliche sprechen. Als Gesellschaft werden wir daran gemessen, wie wir mit den schwächsten und verletzlichsten Menschen umgehen. Stallhaltungen wie im Lilienberg sind für Kinder und Jugendliche nicht adäquat. Darum ist das Postulat ein wichtiger Schritt, wie die Jugendlichen besser aufgenommen und integriert werden können. Jeder Rappen und Effort, den wir in diese Gruppe investieren, bekommt unsere Gesellschaft doppelt und dreifach zurück.*

Das Postulat wird mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat